

STADT NORDEN

Ergänzungsvorlage	Wahlperiode 2001 - 2006	Beschluss-Nr: 0042/2006/1.1/1	Status öffentlich
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Umsetzung des Kontraktes 2007; Eckwertebeschluss für den Haushalt 2007			
<u>Beratungsfolge:</u> 14.11.2006 Finanzausschuss 23.11.2006 Verwaltungsausschuss 11.12.2006 Rat der Stadt Norden			
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u> Wiards / Behrens / Harms		<u>Organisationseinheit:</u> Finanzen	

Beschlussvorschlag:

1. Die Eckwerte für den Haushalt 2007 werden gem. Ziffer 2 der Sach- und Rechtslage der Sitzungsvorlage 0042/2006/1.1 entsprechend der Vorgabe des Kontraktes 2007 - Festlegung eines strukturellen Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt 2007 auf höchstens 3 Mill. Euro – beschlossen.

2. An den Landkreis Aurich wird folgender Appell gerichtet:

Die Stadt Norden erkennt die Bemühungen des Landkreises Aurich, seine Finanzen sanieren zu wollen, an. Der Landkreis wird gebeten, seine Überlegungen, dies mit einer Kreisumlageerhöhung ab 01.01.2007 zu unterstützen, aufzugeben. Die finanzschwachen Gemeinden und Städte des Landkreises müssten ansonsten durch Kassenkredite den strukturellen Überschuss des Landkreises finanzieren.

BÜ	StR	FB	RPA	FD	Erarbeitet von:

Sach- und Rechtslage:

Der Landkreis Aurich beabsichtigt den Hebesatz der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2007 um 2 Prozentpunkte von 53 auf 55 zu erhöhen.

In seinem Haushaltsentwurf 2007 hat die Kreisverwaltung unter der **Position Kreisumlage** eine Einnahme von 77.544.000 Euro veranschlagt. Dies bedeutet eine **Mehreinnahme von ca. 15,5 Mill. Euro**, davon rd. 2,8 Mill. Euro durch die Anhebung des Hebesatzes um 2 Prozentpunkte.

Der Kreishaushalt 2007 weist einen **strukturellen Überschuss von rd. 8,8 Millionen Euro** aus, ohne die Erhöhung der Kreisumlage beträgt der Überschuss noch mindestens 6 Millionen Euro.

Die mögliche Erhöhung der Kreisumlage würde sich auf die ganz überwiegend defizitären Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden dramatisch auswirken. Für den städtischen Haushalt wäre ein zusätzlicher Mittelbedarf in Höhe von rd. 320.000 Euro nachträglich einzuplanen. Bei dem jetzigen Planungsstand mit einem strukturellen Defizit von knapp unterhalb der mit dem Land Niedersachsen vereinbarten Höhe von 3 Mio. Euro würde die Mehrbelastung die eingeleiteten Haushaltssanierungsmaßnahmen stark gefährden.

Vor diesem Hintergrund den ohnehin erwarteten beachtlichen Überschuss des Kreisetats zu Lasten eines noch größeren Defizits der Stadt Norden um zusätzliche 320.000 Euro zu steigern ist nicht verständlich. Besonders auch deshalb nicht, weil der Landkreis in den Jahren 2004 bis 2006, anders als vom Landkreis Aurich zunächst angenommen, durch die „Hartz-IV-Reformen“ nicht zusätzlich belastet wurde.

Zu bedenken ist auch, dass die Stadt Norden gezwungen wäre, die Mehreinnahme des Landkreises durch Kredite zu finanzieren.

Aus vorgenannten Gründen wird an den Landkreis Aurich appelliert, die Kreisumlage nicht zu erhöhen.